

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

12 (15.1.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugew. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkass. 2 10 M., durch den Briefträger 2,62 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Volalinferate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Wudraderei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Allgemeine Finanzdebatte im badischen Landtag.

Zweiter Tag.

Nachdem am ersten Tag der Finanzdebatte, am Dienstag, das Zentrum zum Wort gekommen war, dessen Redner, der Abg. Behner, wohl allgemein enttäuscht hat, kam am zweiten Tag etwas mehr Leben „in die Bude“. Auch die Tribünen waren etwas besser besetzt als am ersten Tag. Als erster Redner kam der Führer der Nationalliberalen, Herr Geh. Hofrat Rebmann, zum Wort und behandelte zunächst die Steuerpolitik. So wie der Zentrumredner, will auch Rebmann von einer Erhöhung der direkten Steuern nichts wissen, es sei denn, daß durch gemeinsames Vorgehen der Einzelstaaten die Steuerdrücke stärker angezogen werden. Bei der Frage der Präsidentschaft hat Rebmann die Zentrumsanträge gegen die Großblöcke nicht schlecht pariert und auf den Vänten des Zentrums gab es ziemlich lange Gefächter.

Nach Rebmann sprach der sozialdemokratische Redner, Gen. Kolb, der in gebührender vorzüglicher Weise das sozialpolitische Bekenntnis unserer Partei adlegte, die Differenzierung unserer Partei von der bürgerlichen Auffassung prägnant hervorhebend. Er zeigte im Detail, daß der badische Staat noch lange nicht seinen sozialen Aufgaben gerecht wird und zeigte auch die Wege, die gegangen werden müssen. Daraus ergibt sich an sich unsere grundsätzliche Stellung zur heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die der sozialdemokratische Redner mit aller Wünschenswerten und herzerfreuenden Offenheit der Regierung und den bürgerlichen Parteien vor Augen hielt. Es war geradezu ein monumentales Bild vom Gedanken und der Entwicklung des Sozialismus, das Genosse Kolb hinstellte. Ausgehend von den ökonomisch-historischen Voraussetzungen des Gegenwartsstaates kritisierte er die in diesem zu Tage tretenden Erscheinungen wie Kriegenegenschaften und Syndikate, aus denen ausschließlich die Keime einer neuen Gesellschaftsordnung entspringen. So leben wir bereits mitten in der sozialen Revolution, und die Ziele der Sozialdemokratie bilden die natürliche Weiterentwicklung. Scharf betonte dann noch Gen. Kolb, daß wir nie einen Hehl daraus gemacht haben, daß für uns die sozialen Reformen nur ein Mittel bilden, den Zielen des Sozialismus näher zu kommen, damit unsere prinzipielle Stellung scharf hervorhebend. Dieses sozialistische Bekenntnis machte denn auch den Staatsminister v. Dusch mobil, der die angeordnete Klepper der Budgetverweigerung der Sozialdemokratie, wobei er allerdings anerkennt, daß die Sozialdemokratie praktisch und fleißig mitarbeite. Daß er die Gründe nicht begreift, die die Sozialdemokratie dafür hat, dem Staate gegebenenfalls die Mittel zu verweigern, wollen wir ihm billigerweise nicht verübeln. Zum Schluß wandte sich der Minister noch gegen die anmaßende Politik des Zentrums und machte die bemerkenswerte Mitteilung, daß die erzbischöfliche Kurie über den Stand der Klosterfrage angefragt habe und neue Verhandlungen wünscht.

12. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 14. Januar.

Präsident Nothurst eröffnet die Sitzung um 9,20 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch, die Minister v. Bobman, Dr. Rheinboldt, Dr. Böhm.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen: der Gemeinden Krautheim, Gommersdorf, Wingenhofen, Dornbach, Altsbau, Oberndorf, Reunstetten, Hamstätt, Vohstätt, Schweigern und Woxberg um Einführung einer Kraftwagenverbindung; eine Petition des Verbandes badischer Steuer-einknehmer und Steuerassistenten, sowie Steuerassistenten-Anwärter um Erhöhung der Vergütung und frühere etatmäßige Anstellung der Bureau- und Kanzlei-Gehilfen der großh. Zoll- und Steuerverwaltung. Weiter ist eingegangen eine Denkschrift des Ministeriums über die Vereinfachung der Staatsverwaltung mit einem Nachtrag und ein Schreiben des großh. Ministeriums der Finanzen mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abg. Dr. Koch und Gen., die Beinträchtigung der Staatsbahnneimnahmen durch die Veranzugung der Reichseisenbahnen betr. Ferner ging ein Antrag der Abg. Witsch und Gen., die Einreichung der Stadt Lörrach im Wohnungs- und Mietverhältnisse betreffend.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

Abg. Rebmann (natl.) denkt zunächst des verstorbenen ehemaligen Finanzministers Eugen Becker. Er war nicht nur ein treuer Verwalter, sondern schuf ein neues Finanzgesetz von weittragender Bedeutung, wie eben dessen berechnend. Was die badischen Finanzen betrifft, so ist es noch nicht lange her, daß wir sie mit Besorgnis betrachteten. Unter diesem Eindruck schufen wir f. d. die neuen Finanzgesetze. Hierdurch wurde es möglich, neue Steuern zu schaffen. Das Finanzwesen gelangte hierdurch in einen stets sich bessernden Zustand. Die Sorgen wegen der Staatsfinanzen konnten so beseitigt werden und wir dürfen jetzt mit besserer Zuversicht in die Zukunft schauen. Allerdings sind jetzt die Reserverquellen erschöpft, so daß neue Steuern nicht mehr in Betracht kommen können. Was das Murgkraftwerk be-

trifft, so ist dies eine Ausgabe, die sich selbst deckt. Bei der Anleihepolitik sollte man nie niemals sagen. Man weiß nicht, wie sich die Verhältnisse später gestalten. Wir können zufrieden sein, wenn wir sagen können, daß wir den Gedanken an eine Anleihepolitik auf eine Reihe von Jahren aufgeben können. Die notwendigen Kulturaufgaben kosten fortwährend Geld. Die grundsätzliche Teilung, die indirekten Steuern auf das Reich, die direkten Steuern auf die Einzelstaaten zu übernehmen, scheint sich etwas zu ändern. Hiergegen müßte entschieden Front gemacht werden. Durch das Eingreifen des Reichs in die direkten Steuern wird die Existenz der Bundesstaaten gefährdet, deren Finanzhoheit unterbunden. Da die Kultur des Reiches auf der Kultur der Einzelstaaten beruht, ist die zunehmende Zentralisation eine bedenkliche Erscheinung. Die verschiedenen Kulturzentren in Deutschland, gegen Frankreich, wo sich das Leben in Paris konzentriert, geben uns ein Recht auf diesen berechtigten Partikularismus, wenn wir uns dagegen wenden, daß die finanzielle Existenz der einzelnen Bundesstaaten durch die Wegnahme der direkten Steuern bedroht wird. Was das finanzielle Verhältnis der einzelnen Bundesstaaten zum Reich betrifft, so bewegen sich die Matricularbeiträge in stets steigender Linie. Wenn die Reichsfinanzreform ein Gutes hatte, so war es das, daß hierdurch die Stundung der Matricularbeiträge beseitigt wurde. Wenn man jetzt sich in Baden wieder mit den Matricularbeiträgen befaßt, so beunruhigt mich dies. Auf keinen Fall können wir eine Erhöhung der direkten Steuern im badischen Lande vertragen, es sei denn, daß andere Staaten ihre Steuern auch erhöhen, sonst laufen wir Gefahr, daß das Kapital in andere Länder wandert. Auch bezüglich der Vermögenssteuer müssen wir vorsichtig sein. Das Nachlassen der Bautätigkeit stimmt ebenfalls bedenklich. Besonders ist auch zu berücksichtigen, daß der Grund- und Hausbesitz steuerlich hoch belastet ist. Neue Steuern sind also ausgeschlossen. Interessieren würde es mich, vom Herrn Minister zu erfahren, wie sich die neue Staatslotterie entwickelt. Die finanziellen Verhältnisse des Landes haben sich infolge guter wirtschaftlicher Verhältnisse im letzten Jahre günstig gestaltet. Heute stehen wir jedoch bereits am Beginn einer niedergehenden Konjunktur. Was die finanziellen Reserven betrifft, so sollten wir hier vorsichtig sein, da wir nicht wissen, wie sich die Finanzen in den nächsten Jahren gestalten werden.

Die stetige Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Stadt, veranlaßt in höherem Maße, für die ländliche Bevölkerung einzutreten. Einer der schwersten Punkte sind für uns die Hochschulen. Auf diesem Gebiete ist kein anderer Staat so stark belastet, als der badische. Noch nicht allzu lange liegt jene Zeit hinter uns, wo man daran dachte, eine unserer Hochschulen einzugehen zu lassen. Der Gedanke einer Arbeitsteilung auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung ist zwar wertvoll, scheint mir jedoch praktisch unlösbar. Der Gedanke, der Staat solle die Kosten für die Hochschulen übernehmen, ist wohl als Agitationsmittel auf dem Lande zu verwenden und hört sich auch theoretisch gut an, schwierig ist jedoch die Frage, wie der Staat die Deckung für die 12 Millionen übernehmen soll. Was insbesondere die städtischen Hochschulen betrifft, so ist zu sagen, daß die Städte aus eigener Kraft die Hochschulen auf ihre heutige Höhe brachten. Der Staat müßte die Bevölkerungspolitik treiben und könnte den städtischen Hochschulen keinen Vorzug gegenüber den ländlichen städtischen Hochschulen. Nichts wäre aber dagegen einzuwenden, wenn ärmeren Gemeinden bei ihren Schulbauten unterzählt werden. Was die Lehrergehälter betrifft, so kann man es verstehen, daß sie bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf Erhöhung ihrer Bezüge bedacht sind. Was die Erhöhung der Gehälter im allgemeinen betrifft, so wird an eine Erhöhung der Gehälter nicht gedacht, sondern daran, daß die Beamten früher in den Besitz der höheren Gehälter kommen. Vorsorge muß auch getroffen werden, daß den bestehenden Lebensständen bei den Staatsarbeitern abgeholfen wird und für eine Vermehrung der Beamtenstellen Sorge getragen wird. Den gestrigen geäußerten Wünschen bezüglich der Altpensionäre könnte ich mich an. Besonders sollten hier auch die Normalrenten beseitigt werden, die manchen abstrudeln. Neu sind im Staatsbankrott die Ausgaben für Kraftfahrzeuge. Einverstanen bin ich damit, daß hierzu von den Gemeinden keine Zuschüsse verlangt werden. Nachdem einmal der Staat den Eisenbahnverkehr übernommen hat, so hat er auch für den Ausbau zu sorgen. Die Tarife für die Automobilisten sollten möglichst niedrig gehalten werden. Wenn wir in ein Tal eine Autolinie legen, um den Arbeitern den Verkehr zu ermöglichen, so dürfen nicht Tarife angelegt werden, die ihnen die Benutzung unmöglich macht.

Die soziale Fürsorge ist eine Frage, die ruhig sich weiter entwickeln soll. Gestern wurde der Gedanke ausgesprochen, daß man bei der sozialen Fürsorge nicht bei den Arbeitern stehen bleiben, sondern sie auch auf den Mittelstand ausdehnen soll. Ich vermute den Gedanken nachzubedenken, kam jedoch zu keinem Resultat. Ich meine, die soziale Fürsorge, wie sie bisher geübt wurde, kommt nur für die Arbeiter in Betracht. Für die anderen Berufe kommen andere Dinge in Betracht. Was die Handelspolitik betrifft, so bin ich für Fortsetzung der bisherigen. Bezüglich der Jesuitenfrage bin ich der Ansicht, daß deren Wiederkehr die konfessionellen Gegensätze in Deutschland verschärfen würde, nachdem der Jesuitenorden gegründet wurde zum Kampfe gegen den Protestantismus. Auch im Kreise der katholischen Geistlichen gibt es sehr viele Stimmen, die meinen, daß es nicht gut sei, wenn neben dem weltlichen Klerus ein geistlicher in Deutschland ist. Ich glaube, daß viele Katholiken der Ansicht sind, wir würden ihnen einen solchen Dienst erweisen, wenn wir die diesbezüglichen Wünsche erfüllen. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß die Achtung vor dem Gesetz erhalten bleibt.

Es gibt kein richtiges Bild, wenn wir die Landtagswahlen nur nach dem positiven Zahlenergebnis betrachten. Man muß auch die Wählerkraft betrachten. Zugegeben muß allerdings werden, daß eine gewisse Verschiebung eingetreten ist. Aus den Bündholz-Soz. sind wieder Zentrumswähler geworden. (Seiterkeit.) Der Ausfall der Präsidentschaftswahl war das Ergebnis des Wahlausfalls. Wenn heute das Zentrum betone, die Sammlung gegen die Sozialdemokratie sei ein so dringendes Bedürfnis, wie war es denn 1905 und 1909? Wir meinen, daß die Sammlungspolitik ein Feigenblatt war für verborgene Dinge. (Seiterkeit.) Die Wahlen sind nichts anderes als Versuche, die Macht der Parteien zu erweitern. (Sehr richtig!) Die Wahlen sollten die bisherigen politischen Verhältnisse verdrängen; das ist aber der rechten Seite nicht gelungen. Abg. Behner sprach gestern ganz anders, als das Zentrum bisher sprach. Man kann die Zusammenarbeit der Parteien der Linken im badischen Landtag ansehen wie man will, sie wird verschiedenartig beurteilt. Ein Teil der Presse schreibt, wir wären in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, ein anderer Teil, die Sozialdemokratie wäre von uns abhängig. Wir sind beide unabhängig. Wir fanden uns jedoch zusammen, wenn es galt, reaktionäre Pläne der Rechten abzuwehren und wir werden uns auch in der Folge wieder zusammenfinden. Sie schufen und schafften durch Ihre reaktionären Pläne den Zwang zu dieser Zusammenarbeit. (Beifall der Linken.)

Was die Proporzvorlage betrifft, so paßt die akademische Haltung der Regierung sehr wenig zu den Verhältnissen. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Einführung des Proporzwahlrechts ein Segen für das Land wäre. Ein wesentliches Bedenken gegen das Proporzwahlrecht bildet nur das Aufheben der persönlichen Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählerschaft. Alle anderen Einwände sind belanglos. Bei den Gemeindevahlen bemühte sich das Proporzwahlrecht vorzüglich, was die Bedenken gegen die Stärkung der politischen Parteien durch das Proporzwahlrecht betrifft, so sind gerade die politischen Parteien die beste Art der Vertretung und ihnen wird es auch gelingen, die kleinen Interessengruppen niederzubalten. Dies zeigte sich am besten bei den Gemeindevahlen. (Beifall.)

Abg. Kolb (Soz.):

Im Namen meiner Fraktion spreche ich zu dem Hinscheider des ehemaligen Finanzministers Becker meine Teilnahme aus. Die Finanzen haben sich, wie der Finanzminister sagte, günstig entwickelt. Nun kamen in letzter Zeit wieder neue Steuern durch die Wehrvorlage auf. Bei dieser Gelegenheit erstlich die Reichsregierung einen Generalpardon und drohte gleichzeitig mit schweren Strafen im Falle der unrichtigen Angabe des Vermögens. Dies sollte die badische Regierung in der Folge auch tun. Denn die Arbeiter müssen ihren Verdienst auf Heller und Pfennig angehen, die besitzenden Klassen haben jedoch die Möglichkeit, Verschleierungen vorzunehmen. Was die Finanzlage betrifft, so stehen uns ziemlich Reserven zur Verfügung. Der Ausführungen, die gestern und heute über die Finanzpolitik gemacht wurden, kann ich mich nicht voll anschließen. Der Staat ist heute ein anderer als früher und hat andere Aufgaben als früher. Der Herr Finanzminister wies auf eine neue direkte Steuer hin, wobei ihm die Herren Behner und Rebmann abzwinkten. Eines muß allerdings zugegeben werden, daß wir an der Grenze der steuerlichen Leistungsfähigkeit im badischen Lande stehen. Wir müssen auch Vergleiche mit anderen Ländern ziehen. Die Hauptfrage ist eben die: ob die Politik die gleiche bleiben soll wie bisher. Wenn die bürgerlichen Parteien ernstlich wünschen, daß das Reich keine neuen direkten Steuern erheben soll, so müssen wir eben verhindern, daß das Reich große Ausgaben macht, die Deckung verlangen. Hierzu haben aber die bürgerlichen Parteien keine Lust! Hätte der badische Staat nicht früher den Kommunen die ganze Steuerlast aufgelastet, so wären heute die Verhältnisse andere. Die Gemeinden haben hierdurch hohe Schuldenlasten bekommen.

Bei der Frage der Übernahme der Volksschullasten auf den Staat finden wir die konservative Fraktion auf unserer Seite. Auch in der Frage der Arbeiterauschüsse ist dies der Fall. Den Konservativen tut es anscheinend gut, geistige Anleihen bei uns zu machen. Mit konservativen Forderungen hat dies zwar wenig zu tun. Die badische Regierung ist hier konservativer als die badischen Konservativen. Allerdings müßte eine Übernahme der Volksschulen auf den Staat den Staat veranlassen, der Volksschule eine andere Bedeutung beizumessen als bisher. Die Volksschule, die die Volksschule schafft, ist von größter Bedeutung für das Volk. Die Ausgaben für die Volksschulen sind daher als wachsende Ausgaben zu betrachten. Merkwürdig berührt, daß die Parteien, welche hier Sparjamkeit predigen, im Reichstag jahrgelung die Schuldenwirtschaft mitmachen. Ihr Standpunkt ist daher ein unlogischer. Wenn ein Staat nicht so reich ist, alle Ausgaben gleich zu decken, so muß er sich eben auf andere Weise die Mittel beschaffen. Die Herstellung von Projekten, die Generationen hindurch bestehen, wie Universitätsbauten, Rheinbrücken usw. sollten nicht aus laufenden Mitteln gedeckt werden. So reich ist das badische Volk eben nicht, um alle diese Mittel ohne Anleihen aufzubringen. Diese werdenden Ausgaben könnten durch Anleihen gedeckt werden. Die Kulturpolitik leidet auf diese Weise not. Hierdurch entsteht ein

Kulturbedarf.

Durch diese Sparjamkeit leidet die große Masse des Volkes, die in ihrer geistigen Weiterentwicklung gehemmt sind. Ich predige keine sinnlose Anleihepolitik. Für unmöglich halte ich es aber, vorerst neue Steuern zu schaffen. Jedenfalls darf dem Volk die Lust zur Weiterentwicklung nicht unterbunden werden und die Volksschule darf nicht leiden. Denn auch jetzt sind noch große Mängel auf dem Gebiete der Volksschule zu verzeichnen. Nur wenn wir eine neue Finanzpolitik einleiten, ist eine Besserung möglich. Die badischen Städte haben da eine viel weitreichendere Finanzpolitik eingeleitet. Als auf dem letzten Landtag die Denkschrift über das Fortbildungswesen kam, wandte sich das Land dagegen; das ist erklärlich, denn die Gemeinden können diese Mittel nicht aufbringen. Nun tritt auch noch die

Arbeitslosenfürsorge

hinzu. Es ist dies keine Aufgabe der Städte, sondern der Staat muß hier einschreiten. Bis jetzt begründete er sich jedoch

er Hof 57. Deute Mittwoch blahntag. ulzen oder ein schönes p. Eingang d. für einige oder Ge 103 nder. Holz el .05 tt Pa. rs . 6620 mer- ung Spiegel- r. 295. - 6886 . 22. arx 46 großes Gefen. werden. usshal- lampen um und Glas, gut re. ! 3748 ung! her # 4. - an g (trag). M. - an, ter im Gebot. Toppen 6682 ushaus 55.

des auf Grund allgemeinen Wahlrechts gewählten Reichstags offenbar wurde. Wenn der konservative Windler Herr v. Bethmann die schwersten Vorwürfe darüber machte, daß er die Vermögenszuwachssteuer habe durchsetzen lassen, so konnte der Reichskanzler darauf nur antworten, daß auch ihm diese Lösung unsympathisch sei, daß aber er und die verbündeten Regierungen sich dem Reichstag gegenüber in einer Zwangslage befunden hätten.

Diese Zwangslage war tatsächlich vorhanden, denn eine Auflösung des Reichstags wegen der Steuerfrage war natürlich eine glatte Unmöglichkeit. Die verbündeten Regierungen konnten den Wählern nicht sagen: Wir haben den Reichstag davongejagt, weil er die Steuern auf den Besitz will, schickt uns einen andern, der indirekte Steuern annimmt. Selbst die Konservativen hätten er ja nicht wagen können, mit einer solchen Parole in den Wahlkampf zu ziehen, es wäre dann kaum ein Mann von ihnen zurückgekommen. Der Reichskanzler konnte daran erinnern, daß sogar Herr v. Heydebrandt im Reichstag erklärt hatte, die Konservativen seien bereit, „das Vermögen der Besitzenden auf den Altar des Vaterlandes zu legen“ — derselbe Herr v. Heydebrandt, der wenige Jahre zuvor im Dreiklassenhaus erklärt hatte, die Konservativen würden dem Hause des allgemeinen Wahlrechts das Portemonnaie der Besitzenden nun und nimmer zur Verfügung stellen!

Man sieht, selbst der Führer der Konservativen nimmt einigermaßen europäische Maßstäbe an, wo er unter dem Druck des Reichstagswahlrechts steht, und nur zu Hause, im Dreiklassenparlament enthielt er rücksichtslos die Urkraft seines brutalen Vorrussentums. Es ist zweierlei im Dreiklassenhaus zu schimpfen und im Reichstag, der vom Volk gewählt wird und in dem 110 Sozialdemokraten sitzen, Politik zu machen. Die Annahme der Vermögenszuwachssteuer war ein politischer Sieg des Volkes über das Junkertum und die verjunkteten Regierungen.

Der Reichstag kann Macht haben, wenn er sie haben will. Und den Reichstag so zu gestalten, daß er Macht haben will, liegt bei den Wählern, beim Volke selbst. Mag nun der Reichstag dem Säbelregiment zeigen, daß die Volksvertretung nicht ohnmächtig ist. Sonst wird alles, was er im Einzelnen durchgesetzt hat, zur Anklage gegen die Parteien, die hier verlaßen. Gegen eine Reichstagsmehrheit, hinter der die große Mehrheit des Volkes steht, kann keine Macht aufkommen. Das hat sich im Kampf um die Steuerfrage gezeigt. Der Reichstag kann stark sein, und er hat die Pflicht des Starken, das Recht zu schützen, das in Elsaß-Lothringen von Soldatenstiefeln getreten am Boden liegt.

Ein Wort zu rechter Zeit.

Der fromme „Reichsbote“ bringt jeden Tag an der Spitze seiner Beilage zur Erbauung und Ermunterung seinen Lesern einen Bibelspruch oder ein Zitat aus den Reden und Schriften frommer und patriotischer Personen. Daß er bei der Auswahl dieser Besehrüchte immer eine besonders glückliche Hand verriete, werden selbst seine Freunde nicht behaupten wollen. Aber du lieber Himmel, woher in der Eile immer etwas Passendes und zweckentsprechendes nehmen? Entschieden Pech hat das Blatt in seiner Ausgabe vom Mittwoch. Da prangt an der gewohnten Stelle ein Satz des Gopredigers Stoedter, der folgenden Wortlaut hat:

Die regierenden Kreise haben sich weniger durch eine vorkommende Krise und voraussehende Weisheit in den sozialen Problemen zu ihrer Reformpolitik bewegen als durch das Wachsen der Umsturzbeziehung dazu drängen lassen.

Die Wiederholung dieses Eingefändnisses aus so beuäusendem Munde kann in einer Zeit, wo die regierenden Kreise von ihren bisherigen sozialpolitischen Leistungen so viel Wesens machen und sich gegen die Fortführung der Sozialpolitik sträuben, der „Umsturzbeziehung“ nur hochwillkommen sein.

Zum Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die Konferenz, die am Montag mit den Vertretern der Ärzte im Reichsamt des Innern stattfand, ist resultatlos verlaufen. Es sollen nun zunächst die Verhandlungen abgewartet werden, die am Mittwoch in Breslau stattfinden. Die Vertreter der Ärzte erklärten, daß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen würde, wenn die Regierung nicht dafür Sorge, daß die Kassen sich den Wünschen der Ärzte fügen.

In Bittau verhängte der Ärzteverein über die dortige Ortskrankenkasse für die Gewerke die Sperre. Die Kassenmitglieder sollen von den Ärzten nur zu doppelten und dreifachen Honorarfällen behandelt werden.

Elsaß-Lothringen — preussische Provinzen!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ stellt die Forderung auf: „Elsaß-Lothringen muß mit Preußen verschmolzen werden unter einem preussischen Oberpräsidenten wird das erreicht werden, was jeder der Statthalter nach Köller zu erreichen vergebens sich bemüht hat.“

Das wäre freilich kurzer Prozeß gemacht, denn von Recht und Gerechtigkeit kann man unter den gegenwärtigen Zuständen nicht reden. Zu einer solchen Maßnahme wäre aber die Zustimmung der Bundesstaaten erforderlich, die wohl kaum zu erzielen ist. Die Alldutschen drängen ganz offensichtlich zum Staatsstreik, durch einen Gewaltakt sollen die Elsaß-Lothringer entrechtet werden und jeden Widerstand hofft man im Blute erstickt zu können.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Windschlag. Am letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Wählerversammlung statt. Stadtrat Gen. W o n s c h verstand es, den Anwesenden in leichtverständlicher Form die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie vor Augen zu führen und erntete lebhaften Beifall. Mit dem Hinweis, derjenigen Partei ihre Stimme zu geben, die das Wohl des Volkes als ihr erstes Prinzip anerkennt, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Urkloffen. Am Sonntag abend referierte hier in einer öffentlichen Wählerversammlung Parteisekretär Gen. L r i n s . Karlsruhe. Er erläuterte die Forderungen der

Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in den Parlamenten und erntete lebhaften Beifall. Mit einem Appell, am 3. Februar dem Kandidaten der Sozialdemokratie Genossen G e i l e r die Stimme zu geben, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Soll a. S., 11. Jan. Die heute nachmittag 1/4 Uhr anberaumte öffentliche Volksversammlung, in der Landtagsabg. Gen. K a h n aus Schwellingen referierte, war gut besucht. Er schilderte das Benehmen der bürgerlichen Parteien (speziell das Zentrum) im Land- und Reichstag, die dem unteren Volke ungerechterweise immer neue Steuern aufhalsen. Wären die andern Parteien mit den Sozialdemokraten Hand in Hand gegangen, so wären diese Zustände in Deutschland nicht vorhanden. — Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Am Schlusse der Versammlung forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, am 3. Februar unserem Kandidaten Gen. G e i l e r, Redakteur aus Mülhausen, ihre Stimme zu geben und schloß dann die sehr interessant und anregend verlaufene Versammlung.

Am Sonntag, 11. Januar, fanden in Schutterwald und Appenweier 2 Volksversammlungen statt, in welchen Landtagsabgeordneter Gen. K u r z - G r ö h l i n g e n über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. In S c h u t t e r w a l d war die Versammlung sehr gut besucht. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Worten des Referenten und spendeten am Schlusse dem Redner reichen Beifall. Da sich an der Diskussion niemand beteiligte, so forderte Gen. K u r z in seinem Schlusswort die Versammelten auf, am 3. Februar den Stimmzettel mit dem Namen F r a n z G e i l e r in die Wahlurne zu legen. Gen. Hoffmann dankte den Anwesenden für ihr Erscheinen und schloß nach 5 Uhr die gut verlaufene Versammlung.

Abends fand in Appenweier mit demselben Thema eine Versammlung statt. Der Besuch hätte besser sein können. Ein großer Teil, unter ihnen auch Gegner, hatte sich draußen am Fenster postiert, da sie anscheinend nicht den Mut hatten, in die Versammlung zu gehen. Auch muß das Referat des Genossen K u r z einigen Anwesenden auf die Nerven geschlagen haben, denn sie konnten sich nicht mehr ruhig verhalten und murmelten immer dazwischen. In der Diskussion hatte aber niemand den Mut nur ein Wort zu sprechen. Gen. Hoffmann forderte am Schlusse die Anwesenden auf, das Referat zu Herzen zu nehmen und am 3. Februar nur die Stimme unserem Landsmann Geiler zu geben. Ferner ermahnte er die Anwesenden, dazu beitragen, daß sich die sozialdemokratischen Stimmzettel bei dieser Wahl verdoppeln und daß sich Appenweier auch zu den Orten im 7. Wahlkreis zählen, wo die Sozialdemokratie festen Fuß ergriffen hat. Damit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Badische Politik.

„Quod licet Jovi . . .“

Bekanntlich lebt die Zentrumspreffe schon seit Jahren davon, den liberalen Parteien heuchlerische Vorwürfe wegen der Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu machen. Jetzt wurde aber bei der Präsidentenwahl in der 2. elsäß-lothringischen Kammer der Sozialdemokrat Böhle mit tatkräftiger Unterstützung der Zentrumsfraktion zum 2. Vizepräsidenten wiedergewählt und man kann es der liberalen Presse füglich nicht verargen, wenn sie den „Bad. Beobachter“ fragt: Wo bleibt die Entrüstung der badischen Zentrumspreffe über diese Tat des ihr sehr nahestehenden elsässischen Zentrums?

Die Erklärung des „Bad. Beob.“, warum das badische Zentrumsorgan nichts dabei findet, wenn ein elsässischer Landtag ein sozialdemokratischer Vizepräsident unter Mitwirkung des Zentrums gewählt wird, ist nun erfolgt. Sie lautet: Die Anfrage sei gedankenlos! Im Straßburger Landtag befinden die herkömmlichen Verpflichtungen gegen den Landesfürsten nicht, die die Sozialdemokraten in Baden zu erfüllen sich weigern. Das Landtagspräsidium in Straßburg habe keinerlei höfische Verpflichtungen, darum liege die Sache dort ganz anders. Dort kann man also ruhig einen Umsturzmänn ins Präsidium wählen usw. usw.!

So, jetzt weiß man. Es geht doch nichts über jesuitische Dialektik!

Zum Wehrbeitrag

weist ein amtlicher Artikel in der „Karlsruh. Zeitung“ darauf hin, daß, wenn ein Wehrbeitragspflichtiger für seinen Betrieb eine ordnungsmäßige Buchführung hat, und regelmäßige jährliche Abschlüsse macht, er sich nicht unbedingt an die Regel zu halten braucht, nach welcher für die Höhe des Wehrbeitrags der Stand des Vermögens am 31. Dez. 1913 maßgebend ist. Er kann vielmehr verlangen, daß das in seinem Betrieb angelegte Vermögen nach dem Bestand und Wert am Schluß des letzten Wirtschaftsjahrs oder Rechnungsjahrs festgestellt wird. Ein Landwirt, Gewerbetreibender usw., auf den diese Voraussetzung zutrifft und dessen Geschäftsjahr z. B. mit dem 1. Juli beginnt und endigt, hat die unbeschränkte Wahl, ob er den Stand seines Vermögens auf 31. Dez. 1913 besonders berechnen oder ob er dazu einfach das Ergebnis des letzten Abschlusses, also des Abschlusses auf 1. Juli 1913 verwenden will.

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Ausführung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 zugegangen. Da dieses Reichsgesetz auch in einer Anzahl von Fällen der Einbürgerung (früher Naturalisation) einen Rechtsanspruch eingeführt hat, ist eine Ergänzung des § 3 Ziffer 26 des Verwaltungsrechtsprozeßgesetzes notwendig. Ferner bedürfen § 25 Ziffer 9 und § 26 des Verwaltungsgebührengesetzes im Hinblick auf die geänderte Reichsgesetzgebung einer Neufassung.

Zabern vor dem elsäß-lothringischen Landtag.

Straßburg, 14. Jan. In der Zweiten Kammer des elsäß-lothringischen Landtags fand heute nachmittag in Gegenwart der Gesamtregierung die Besprechung der Interpellationen betreffend Zabern statt. Zu Beginn der Sitzung, um 3,15 Uhr, teilte Präsident Dr. Müllin den Einfluß der bereits gemeldeten Resolution mit. Nach dem Eintritt in die Tagesordnung ergliff

Unterstaatssekretär Petri das Wort, um folgendes auszuführen: Es ist richtig, daß die drei Staatsanwälte in Zabern vom Vorsitzenden der Kriegsgericht nicht geladen worden waren. (Hört! Hört!) Ich habe darauf die Staatsanwälte von der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit entbunden und telegraphisch aufgefordert, sich dem Präsidenten des Kriegsgerichts zur Verfügung zu stellen. (Bravo!) Sie haben Punkt für Punkt die Angriffe widerlegt, die Oberst v. Reutter erhoben hat. Ich habe meinerseits Veranlassung genommen, einen Bericht vom Oberstaatsanwalt einzufordern, der vorgestern eingelaufen ist. Daraus ergibt sich, daß die Staatsanwaltschaft durchaus sachgemäß gehandelt hat. Dabei ist festzustellen, daß gegen keine einzige Zivilperson eine Anzeige eingegangen war, und somit auch keine Verfolgung von Zivilpersonen eintreten konnte. Oberst v. Reutter hatte keinen Grund, der Meinung Ausdruck zu geben, als ob die Staatsanwaltschaft bei ihren Entscheidungen von einer gewissen Voreingenommenheit befangen war, sei es gegen die Person des Obersts, sei es gegen das Militär überhaupt. Ich weise eine solche Unterstellung im Namen der Staatsanwaltschaft und der ganzen Justizverwaltung aufs entschiedenste zurück. (Lebhaftes Bravo!) Bezüglich der Zurückbehaltung der Verhafteten im Randurenkeller verweise ich auf die gestrige Regierungserklärung. Verwahrung muß ich aber dagegen einlegen, daß Oberst v. Reutter seine Maßnahmen damit begründet, sei es nicht damit abgetan, daß die Eistierten dem Amtsgericht vorgeführt werden. Daraus klingt der Vorwurf, das Gericht würde seines Amtes nicht pflichtgemäß walten und die Verhaftungen nicht mit dem nötigen Ernst behandeln. Die Justizverwaltung hat die Interessen der Justiz nach bestem Willen und Gewissen gewahrt. Ich schließe mit der Erklärung, daß auch fernerhin unbegründete Angriffe und Vorwürfe gegen die Justizbehörden von mir mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, von welcher Seite sie auch kommen mögen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Gauß (Str.) drückte die Anerkennung des Hauses dem Justizminister aus für seine energischen Worte. Die gestrige Regierungserklärung habe nicht befriedigt. Vor allem fehle die Garantie, daß künftighin die verfassungsmäßigen Zustände eine strenge Beachtung finden werden. Die erschreckende Kluff, die sich zwischen dem bürgerlichen Rechtsbewußtsein und dem haltlosen Ehr- und Rechtsbewußtsein des Militärs aufbauen habe, sei unerträglich im Reichsstaate, der die Freiheit des Bürgers garantiere. Der Redner kritisierte scharf die Kriegsgerichtsbarkeit. Die Beeinflussung durch den Polizeipräsidenten v. Jagow sei nicht die einzige in diesem traurigen Prozeß. Daß sich darunter auch der Kronprinz befinden soll, schmerzt uns Elsaß-Lothringer schwer. Trotz des Urteils bleibe ich dabei, daß Oberst v. Reutter und seine Offiziere wider Recht und Gesetz die Zivilgewalt an sich gerissen und besonders Freiheitsberaubungen der schlimmsten Art verübt haben. Wir appellieren nunmehr an den Reichstag. Zabern ist der kräftigste Beweis von der Abhängigkeit der Regierung von Berlin. Im Reichstag durfte der Vertreter unserer Regierung in eigener Sache nicht sprechen. Der Redner führte sodann aus, der Träger der Staatsgewalt von Elsaß-Lothringen sei in erster Linie König von Preußen. Er werde, sobald die elsäß-lothringischen Interessen mit den preussischen in Widerspruch geraten würden, gewiß auf die preussische Seite neigen. Dazu komme, daß leider unverantwortliche Ratgeber sich das Ohr des Monarchen erschlichen, die ihm die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen schilderten, die im Gegensatz zur Wirklichkeit ständen. Im preussischen Abgeordnetenhaus habe der Reichskanzler erklärt, daß der Kaiser die elsäß-lothringischen Bundesratsstimmen instruiere. Damit ist ein Gegensatz zu unserer Verfassung geschaffen, die bestimmt, daß der Statthalter die Bevollmächtigten zum Bundesrat zu instruieren hat. Der 10. Januar ist der größte Unglückstag für Elsaß-Lothringen. An diesem Tag hat der Reichskanzler mit rauer Hand den Hauptbestandteil unserer Verfassung zertrümmert. (Beifall auf allen Seiten).

Unterstaatssekretär Mandel: Ich hatte umsonst einen Anlauf im Reichstage zu machen, als von Seiten des Reichskanzlers und des Kriegsministers nicht der mindeste Vorwurf gegen die Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen erhoben wurde. An der Erregung der Zaberner Bevölkerung ist zum großen Teil die Presse schuld. Was ein junger und unerfahrener Leutnant in der Kasse sagt, kann einen ganzen Volksstamm nicht beleidigen (Lebhafter Widerspruch). Die Zaberner Angelegenheit hat mit der Verfassung nichts zu tun.

Es sprachen noch die Abgeordneten Kiener (Lothr. Volk) und Emmel (Soi.) worauf Staatssekretär Born v. Bulach, oft von Zwischenrufen unterbrochen, nochmals den Standpunkt der Regierung darlegte. Diese hatte nicht das Recht, sich in militärische Angelegenheiten einzumischen. Der Minister bestritt unter lebhaftem Widerspruch das Vorhandensein einer militärischen Nebenregierung. Er schloß mit einem Appell an das Haus, nicht so viele Angriffe gegen Personen zu richten, die ihre Pflicht getan hätten, sondern mit der Regierung Hand in Hand zu arbeiten um so bald das Resultat zu erreichen, das alle schließlich wünschten.

Um 7 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf vorgedonnen Donnerstag Vormittag 10 Uhr vertagt.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 13. Januar.

3. Körperverletzung mit Todesfolge.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Schwurgerichts kam die Anklage gegen den Schreiner Leopold J ö r g e r von Sulzbach wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zur Verhandlung. Landgerichtsrat B a u m g ä r t n e r leitete die Verhandlung. Staatsanwalt Dr. S u b e r vertat die Anklage; die Verteidigung führte Rechtsanwalt A l i n k o w i t s c h .

Der Schreiner J ö r g e r hatte eine Tochter der Lohmühle bei Oberweier zur Frau, ein anderer junger Sulzbacher Burche der Tagelöhner Zimmer, hatte ein Verhältnis mit deren Schwester. Fast jeden Sonntag besuchte J ö r g e r seine Frau auf der Lohmühle, so auch eines Sonntags Mitte September vergangenen Jahres. An diesem Tag war seine Frau allein daheim

folgendes
Staatsanwälte
nicht gela-
darauf die
entschieden
fordert, sich
erfüllung zu
die Angriffe
Ich habe
Bericht vom
eingelaufen
Schlicht durch-
aufstellen, daß
eingegangenen
Zivilpersonen
einen Grund,
Staatsanwalt
wissen Vor-
die Person
hauht. Ich
Staatsanwalt
entfchiede
der Zurück-
verweise ich
Nahrung muß
utter seine
mit abgetan
ort werden
urde seines
berhaftungen
e Justizver-
stem Willen
Erklärung,
d Vorwürfe
schiedenheit
auch kommen

ihre beiden Schwestern waren fortgegangen; darüber war erstere
sehr verärgert, weil sie die Hausarbeit allein verrichten mußte.
Bei Anbruch der Dunkelheit kamen die beiden andern Mädchen
in Begleitung des jungen Zimmer nach Haus. Die ältere
Schwester sah aber letzteren nicht und empfing die Ankömmlinge
sehr ungnädig mit den Worten: „Jetzt kommt das Lumpen-
schor, jetzt daß geschafft ist.“ Diese Worte bezog der Beglei-
ter der Mädchen irrtümlich auf sich; er war darüber sehr ge-
tränkt und ging beleidigt fort. In der Folge grüßte er Jörgers
Braut und diejen nicht mehr. Am Abend des 5. Oktobers ver-
zogenen Jahres kam nun Jörger mit einer befreundeten
Familie in die Wirtshaus zur „Arone“ in Sulzbach; dort sah auch
Zimmer. Dem Jörger war gesagt worden, daß letzterer die
Worte, mit denen seine Braut an jenem Sonntag Abend ihre
Schwestern empfangen hatte, auf sich bezogen habe und deshalb
beleidigt sei. Er setzte sich nun zu Zimmer an den Tisch, um
diesen auf seinen Irrtum aufmerksam zu machen und das obwal-
tende Mißverständnis aufzuklären. Zimmer schenkte aber seinen
Ausführungen keinen Glauben, die Auseinandersetzung wurde
auf beiden Seiten immer erregter und schließlich sagte Zimmer
auch: „Dein Lumpenmensch, die hots nötig, Lumpenschor zu sagen,
die soll an das denken, was sie hat.“ Damit wollte er darauf
anspielen, daß Jörgers Braut ein uneheliches Kind hat, dessen
Vater Jörger ist. Ueber diese letzte Aeußerung des Zimmer war
Jörger sehr ergrimmt, er, der sonst ein ruhiger, nüchternster
Mensch ist, sprang auf, ergriff sein Bierglas und verlegte dem
ebenfalls aufspringenden Zimmer damit mehrere wuchtige
Schläge auf den Kopf, so daß dieser zurücktaumelte und halb
bewußtlos auf seinen Stuhl sank. Darauf entfernte sich Jörger.
Der Wirt nahm sich des Verletzten an und wusch ihm seine
Wunden aus. Man maß diesen keine übermäßig große Bedeu-
tung bei und Zimmer konnte auch noch allein ohne Hilfe in seine
Wohnung gehen. Am andern Morgen ging er auch noch zur Ar-
beit. Einige Zeit darauf verschlimmerte sich aber der Zustand
des Verletzten infolge einer eingetretenen Injektion der Wun-
den von Tag zu Tag und am 18. Oktober v. J. starb er. Todes-
ursache war Vereiterung des Gehirns.

Dem Angeklagten wird nun zur Last gelegt, daß er durch die
Schläge mit dem Glas, die er dem Verstorbenen am Abend des
5. Oktober in der Wirtshaus zur „Arone“ versetzte, dessen Tod
verschuldet habe.

Es ist ein trauriges Geschick, das über zwei brave und ange-
sehene Familien, über die des Verstorbenen sowohl, als auch über
die des Angeklagten hereingebrochen ist, denn letzterer und auch
der Tote waren in Sulzbach als brave, fleißige und nüchternere
Bürger allgemein beliebt und hochangesehen; nun ist der eine
tot und der andere sitzt auf der Anklagebank des Schwurgerichts,
unter der Beschuldigung, den Tod eines Menschen verursacht zu
haben.

In der heutigen Verhandlung gab der Angeklagte eine ein-
gehende Darstellung des Streitstoffes und der Vorgänge am
5. Oktober wie oben geschildert und auch die Zeugenaussagen
Himmeln in den wesentlichen Punkten damit überein. Der Ange-
klagte zeigt tiefe Reue über seine im Jähzorn verübte Tat.

In die Geschworenen wurden 4 Fragen gestellt; eine Frage
nach Körperverletzung mit Todesfolge, im Falle der Verjahung
dieser Frage, eine Frage dazu nach mildernden Umständen;
außerdem eine Hilfsfrage nach Körperverletzung mit gefahr-
lichem Werkzeug und auch dazu eine Frage nach mildernden Um-
ständen. Der Antrag des Anklagevertreters ging dahin, die erste
und zweite Frage zu bejahen.

Der Verteidiger stellte sich in längeren Ausführungen auf
den Standpunkt, daß die Verletzungen, die der Verstorbene bei
dem Streich davon trug, als solche nicht zum Tode geführt hätten,
wenn keine Injektion erfolgt wäre; die direkte Todesursache sei
daher letztere und der Angeklagte könne dafür nicht verantwort-
lich gemacht werden.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Körperver-
letzung mit Todesfolge, ebenso die Frage nach mildernden Um-
ständen.

In Anbetracht aller Begleitumstände des Falles gelangte
das Gericht zur Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis,
abzüglich 2 Monate 3 Wochen Unterjuchungshaft.

§ Karlsruhe, 14. Januar.

4. Die Revolveraffäre von Raftatt.

Unter großem Andränge im Zubörraum fand heute die
Verhandlung gegen den ledigen Dentisten German Scham zu
Raftatt statt, der bei einem nächtlichen Revolvereinen Wirtshaus
und zwei Schulleute durch Revolvereinschüsse verletzete. Einer der
Beamten ist später seinen Verletzungen erlegen.

Der Angeklagte ist am 9. Dezember 1887 in Trodtesfingen
als Sohn des verstorbenen Tierarztes Franz Josef Scham ge-
boren. Er besuchte die Volksschule seines Heimatortes, erlernte
nach seiner Schulentlassung das Freireuergewerbe und arbeitete
bis zum Jahr 1900 als Freireuergewerbe. Dann erlernte er die
Bühnentechnik und kam im Sommer 1912 zu Dentist Hermsdorf
nach Raftatt, wo er auch bis zu seiner Verhaftung wegen des
heute ihm zur Last gelegten Verbrechens in Stellung war.

Die Voruntersuchung ergab folgenden Hergang der näch-
stigen Szene:
In der Nacht vom 1. auf 2. November v. J. kam Scham allein
vor die öffentlichen Häuser am Friedrichsring und klopfte dort
an die Türen. Als ihn zwei in der Nähe lebenden Männer, die
heute als Zeugen geladenen Bäuerle und Jung, aufforderten,
aufzuhören, gebrauchte er gegen diese eine drohende Aeußerung,
wobei er gleichzeitig seinen Revolver aus der Tasche zog.
Es entstand weiter kein Streit, und Scham ging fort; er
ging der Wirtshaus entlang der Ankerbrücke zu. Bäuerle und Jung
gingen nun ebenfalls an der Wirtshaus entlang nach der Wirtshaus
zum „Schützen“, wo sie noch einige Bekannte, die heutigen Zeu-
gen Koch, Kölmel, Schneyf und Kurz trafen; letztere hatten
Streit mit 3 Unteroffizieren. Bäuerle sagte hier, auf den in eini-
ger Entfernung gehenden Scham deutend, zu Koch, daß dieser vor-
hin habe auf sie schießen wollen. Koch griff diese Bemerkung
sodort auf und erklärte, dem Scham nachgehen zu wollen, um ihm
die Waffe abzunehmen; er sprang dem Scham nach und rief ihm
zu, er solle den Revolver bergen. Darauf drehte sich Scham
herum und gab 2 Schüsse ab, die diesen in die Brust und Hüften
trafen. Scham sprang davon, wobei er seinen Schirm und Hut
verlor. Durch die Schüsse und die Rufe „hebt ihn!“ war der
Schuttmann Apel herbeigerufen worden; er erwiderte Scham
bei der Schloßstraße, umfaßte ihn mit beiden Armen, um ihn
zu halten, Scham rief sich aber los. Er wollte weiter rennen, kam
aber zu Fall und gab am Boden liegend 2 Schüsse gegen Apel
ab, von denen einer fehl ging, während der andere den Schutz-
mann in den Anodend des linken Fußes traf. Nun kam Schutz-
mann Krompach herbeigeeilt, um seinem Kameraden Hilfe zu
leisten; er packte den immer noch am Boden liegenden Scham
und fruchte auf ihn; im gleichen Augenblick erhielt er einen Schuß
in den Unterleib, wodurch er so schwer verletzt wurde, daß er am
5. November, abends 7 Uhr, in a. t. b. Scham wurde verhaftet und
nach Abschluß der Voruntersuchung Anklage gegen ihn erhoben
wegen Körperverletzung und Körperverletzung mit nachgefolgtem
Tod.

Die heutige Schwurgerichtsverhandlung gegen Scham fand
statt unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Ritter.
Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Huber. Die Vertetigung
lag in den Händen des Rechtsanwalts Plettscher.

In die Verhandlung wurde eingetreteten mit der Vernehmung
des Angeklagten; dieser sucht die Sache so darzustellen, als ob er
sich von den beiden Schulleuten angegriffen geglaubt hätte: er

sei betrunken gewesen und hätte nicht gesehen, daß er es mit
Schulleuten zu tun hatte.

Die Vernehmung der 15 geladenen Zeugen wurde eingeleitet
mit der Vernehmung des Arbeitgeber des Angeklagten, des
Dentisten Hermsdorf-Raftatt; der Zeuge war mit Scham zufrieden;
dieser sei ruhig und nüchtern gewesen. Ein Wirt, in dessen
Wirtshaus Scham hin und da verkehrte, und ein anderer Be-
kannter jagten daselbe.

Der Zeuge Bäuerle hat gesehen, als Scham in der verbäng-
nisvollen Nacht vom 1. auf 2. November zu den Dirnenhäusern
kam und dort klopfte. Der Zeuge gibt eine Darstellung der Vor-
gänge, die sich dort und zwischen Scham und Koch nachher abge-
spielt haben, wie oben geschildert.

Zeuge Jung, Eisenbohrer in Raftatt, war mit Koch und
Bäuerle an dem fraglichen Abend auch im Friedrichsring; er hat
gesehen, daß Scham, als er mit Bäuerle in Wortwechslung kam,
einen Revolver zog und zu Bäuerle sagte: „Wenn du nicht weg-
gehst, bleibst du auf dem Platz.“ Der Zeuge hat dann später den
Schuttmann Apel in der Nähe des „Anker“ auf dem Boden lie-
gen sehen und gesehen, wie der Schuttmann Krompach herbei-
eilte. Er hat weiter dann einen Schuß gehört und hat den
schwer verletzten Schuttmann Krompach fortzuschaffen helfen. Der
Zeuge gibt auf Verfragen zu, auf Scham nach der Tat mit dem
Tod eingeschlagen zu haben.

Zeuge Kölmel hat die Szene vor den öffentlichen Häusern
mitangehoben; Scham sei nicht betrunken gewesen, er habe schon
dort zu einer Aufwartefrau gesagt: „Wenn du rauskommst,
schieße ich dich über den Haufen.“ Die Affäre mit den Schulleu-
ten hat er nicht gesehen, er hat aber mehrere Schüsse fallen
hören.

Zeuge Koch kam aus der Wirtshaus zum „Schützen“; er traf
Bäuerle, der ihn auf Scham, der gerade vorbei ging, aufmerk-
sam machte mit den Worten: „Du, der hat einen Revolver.“
Er ging dem Scham zusammen mit Bäuerle nach, in der Absicht,
Scham den Revolver abzunehmen. Als er ihn erreicht hatte, sagte
er zu Scham mit einer entsprechenden Handbewegung: „Gib den
Revolver her!“ Scham antwortete darauf mit 2 Schüssen, von
denen einer in die Brust und einer in die Hüfte traf. Koch
konnte noch gehen bis an das Zieglerische Haus. Von der Schie-
ßerei mit den Schulleuten hat er nichts gesehen. — Zeuge Kölmel
hat Schüsse gehört und hat, als er hinzueilte, zwei Schulleu-
te am Boden liegen sehen, von denen der eine sagte: „Hebt
uns!“ Er hat dann mit dem Schirm des Scham auf diesen ein-
geschlagen und hat ihm den Revolver abgenommen. Dann hat
er an der Verbringung der Verletzten ins Spital mitgeholfen.
— Zeuge Schneyf kam von der Wirtshaus zum „Schützen“ und
hat in der Schloßstraße zwei Schulleute liegen sehen; Apel habe
um Hilfe gerufen. Der Zeuge ist hinzugeeilt und hat ebenfalls
auf den Scham eingeschlagen. Er hat sich dann auch um die Ver-
letzten angenommen. — Darnach erfolgt die Vernehmung des
Schuttmanns Apel; er muß infolge seiner bei der Affäre erlittenen
Verletzung an Krücken gehen und macht keine Aussagen
stehend. In der fraglichen Nacht sei der Angeklagte die Schloß-
straße herangekommen gekommen. Er habe Rufe gehört: „Hebt
ihn!“ und sei deshalb dem Scham entgegengetreten und habe ihn
mit den Armen aufgefunden. Scham sei so zu Boden gekommen,
gleichzeitig seien 2 Schüsse gefallen, von denen einer sehr gina-
während ihn der andere in den linken Fuß getroffen habe. Der
Zeuge ist sicher, daß ihn Scham als Schuttmann erkannt hat, und
daß er nur geschossen hat, um seinen Verfolgern zu entkommen
die ihm wegen der auf Koch abgefeuerten Schüsse nachgingen.
Der Zeuge gibt weiter eine eingehende Darstellung der Vorgänge
mit dem zu Hilfe eilenden Krompach, die sich mit den übrigen
Zeugenaussagen und dem Ergebnis der Voruntersuchung deckt.
— Zeuge Schweiger, der in der Nähe des Antores wohnt,
hat Schüsse und Schreie gehört; er hat sich daraufhin angezo-
gen und ist fortgegangen in die Schloßstraße. Er habe aber dort
nichts besonderes mehr gesehen; dort war alles schon vorbei. —
Zeuge Heiß wohnt auch in der Nähe, er ist auf die Schüsse und
das Schreien auch fortgegangen. Als er in die Schloßstraße kam,
war schon der Arzt da und hat die Verletzten verbunden. Auf
dem Heimweg hat er einen Hut gefunden, der dem Scham ge-
hörte. — Zeuge Schuttmann Ködel hat den Angeklagten feinerzeit
ins Gefängnis gebracht. Als er dem Verhafteten Vorhalt
machte über seine Tat, sagte dieser, die Schulleute hätten ihn
festgehalten, er habe durchkommen wollen und da habe er halt
geschossen. — Zeuge Schuttmann Trumpf hat letzteres Gespräch
mitangehört, er bestätigt die Aussagen des vorigen Zeugen. Der
Angeklagte habe den Ausdruck fallen lassen, er habe in Notwehr
geschossen. — Zeuge Kriminalschuttmann Schäber hat die Er-
hebungen der Voruntersuchung gemacht; auch ihm hat der Ange-
klagte zugegeben, daß er Apel und Krompach als Schulleute er-
kannt hat, als er auf sie schoss. Er hat auch über den Reumund
des Angeklagten Erhebungen gemacht; Nachteiliges über diesen
sei in Raftatt nicht bekannt. — Damit sind nun alle Zeugen ver-
nommen; es folgt nun die Vernehmung des Sachverständigen,
Professors Rupp-Karlsruhe, der den Gut des Angeklagten nach
Wutspuren untersucht hat. Diese Untersuchung wurde deshalb
vorgezogen, weil der Angeklagte behauptete, einen Schlag auf
den Kopf erhalten zu haben, und daß er geblutet habe, bevor er
geschossen habe. Nach dem Gutachten des Sachverständigen wur-
den jedoch an dem Gut feinerlei Wutspuren gefunden. Als zwei-
ter Sachverständiger gab der leitende Arzt des Raftatter Spitals,
Dr. Compter, sein Gutachten ab; er wird auch als Zeuge beidigt.
Nach dem Gutachten hat der Schuttmann Krompach durch den
Schuß eine schwere Leberverletzung erlitten, die unmittelbar
tödlich war. Der ebenfalls verletzte Schuttmann Apel hat eine
schwere Knochenverletzung am Anodendelbein davongetragen, so
daß er heute noch dienstunfähig ist; es ist fraglich, ob er über-
haupt je wieder Dienst tun kann. Der Verletzte Koch kann von
außerordentlichem Glück sagen, daß der Brustschuß, den er er-
halten hat, an einer Rippe abprallte und an dieser entlang ging.
Hätte der Schuß in senkrechter Richtung getroffen, so wäre er
unbedingt tödlich gewesen. Auch den Angeklagten hat der Sach-
verständige feinerzeit unterludt; er fand bei diesem einige nicht
sehr bedeutende Kopfverletzungen, die von den Schlägen des den
Schulleuten zu Hilfe eilenden Zeugen Kölmel herrühren.

Nach beendeter Einvernahme der Sachverständigen wurde die
Vernehmung um 1/4 Uhr abgebrochen und der Wiederbeginn
auf 1/4 Uhr festgesetzt.

Um 1/4 Uhr wurde die Verhandlung wieder aufgenommen.
Es wurden zunächst die an die Geschworenen zu stellenden
Fragen verlesen; diese lauten: 1. Ist der Angeklagte schuldig,
in der Nacht vom 1. zum 2. November v. J. den Tagelöhner Koch
mit einer Waffe körperlich mißhandelt und an der Gesundheit
geschädigt zu haben? 2. Im Falle der Verjahung dieser Frage
sind mildernde Umstände vorhanden? 3. Ist der Angeklagte
schuldig, in der Nacht vom 1. zum 2. November v. J. den Schutz-
mann Apel mit einer Waffe körperlich mißhandelt und an der
Gesundheit geschädigt zu haben? 4. Im Falle der Verjahung
dieser Frage: sind mildernde Umstände vorhanden? 5. Ist der
Angeklagte schuldig, in der Nacht vom 1. zum 2. November v. J.
zu Raftatt den Schuttmann Krompach mit einer Waffe körperlich
mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt zu haben? 6. Im
Falle der Verjahung dieser Frage: ist durch diese Mißhandlung
der Tod des Verletzten herbeigeführt worden? 7. Im Falle
der Verjahung der beiden letzten Fragen: sind mildernde Um-
stände vorhanden?

Darauf ergriff Staatsanwalt Dr. Huber das Wort zur
Begründung der Anklage; er gab noch einmal einen Überblick
über die Vorgänge der verhängnisvollen Nacht, wie sie sich nach

der heutigen Beweisaufnahme darstellen. Er stellt an die Ge-
schworenen den Antrag, sämtliche Schuldfragen zu bejahen und
die Fragen nach mildernden Umständen zu verneinen, da dem
Angeklagten letztere nicht zuzubilligen seien und ihm eine harte
Strafe gebühre. — Der Verteidiger St. Plettscher vertrat
den Standpunkt, der Angeklagte sei zuerst von dem Zeugen Koch
angegriffen und auf den Kopf geschlagen worden; er habe des-
halb, als er auf Koch schoss, in Notwehr gehandelt. Den beiden
Schulleuten gegenüber habe er in vermeintlicher Notwehr ge-
handelt, weil er glaubte, er habe es mit seinen Verfolgern von
der Koch-Affäre zu tun. Er stelle den Antrag, sämtliche Schuld-
fragen zu verneinen.

Nach halbstündiger Beratung verkündete der Obmann den
Wahrspruch der Geschworenen. Sämtliche Schuldfragen
wurden bejaht; im Fall Koch wird auch die Frage
nach mildernden Umständen bejaht. In den Fällen gegen die
beiden Schulleute werden die Fragen nach mildernden
Umständen verneint. Der Staatsanwalt beantragt eine
Zuchthausstrafe von 8 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust.
Das Urteil lautet auf 6 Jahre 3 Monate Gefängnis,
abzüglich 2 Monate Unterjuchungshaft.

Soziale Rundschau.

* Bretten, 14. Jan. Die Wahl des Vorsitzenden in der
Ortskrankenkasse für den Bezirk Bretten hatte im ersten Wahl-
gang keinen Erfolg, da sich die Arbeitnehmer und Unterneh-
mer nicht einigen konnten, jedoch ein zweiter Wahlgang statt-
finden muß. Kommt auch hier keine Wahl zustande, so wird das
Verfickungsamt einen Vorsitzenden bestimmen.

Aus dem Lande.

Raftatt.
* Messerhehl. Ein Tagelöhner und ein Zimmermann geriet
ten in der hiesigen Herberge aneinander; es kam zu Tätlichkeiten,
wobei der Tagelöhner mit einem Taschenmesser, das er gerade zum
Essen benützte, dem anderen mehrere Stiche ins Gesicht verjete,
sobald das Messer abbrach und der Zimmermann schwere Verle-
zungen davontrug. Der Verletzte wurde ins Spital gebracht; der
Messerhehl wurde verhaftet.

* Unfall. Gestern nachmittag fuhr ein 9jähriges Kind beim
Schlittensahren in die Murg und ertrank. Der Stiefvater
der zu Hilfe eilen wollte, geriet in Lebensgefahr und konnte nur
mit großer Mühe gerettet werden.

Wade-Waden.
* Gewerkschaftskarteil Baden-Waden und Umgebung. In der
jeden Montag abend von 7 Uhr ab stattfindenden Sprech-
stunde des Sekretariats werden die eventl. erforderlichen schrift-
lichen Arbeiten unentgeltlich ausgefertigt.

Dienburg.
* S. Vortrag. Herr Augenarzt Dr. Klingelhöfer hielt
dieser Tage im kaufmännischen Verein einen Vortrag mit selbst-
ausgearbeiteten Lichtbildern über seine neuliche Mitteilungs-
reise nach Italien, Algier, Tunis, Griechenland und der Türkei.
Der Vortrag wird noch einen Abend in Anspruch nehmen. Die
Zerlegungen zögten, daß K. K. gründlich ir der Welt
umgesehen, er hatte eine gute Beobachtungsgabe, sein Vortrag
zeigte von einem tiefen Eingehen und großen Verständnis des
Volkstums jener Völker, aber auch mancher Hinweis beleuchtete
grell die sozialen Verhältnisse jener kulturell rückständigen Na-
tionalitäten. Es wäre den Arbeiterkreisen zu gönnen, wenn für
diesen lehrreichen Genuß ebenfalls geboten erhielten. Mit
mühten ein Wort dafür einlegen, daß die freien Gewerkschafts-
vorstände sich gemeinsam an Herrn Dr. Klingelhöfer wendeten,
daß er den Arbeitern an einem gemeinsamen Abend im Laufe
des Frühjahres genannten Vortrag ebengfalls halten möge.

L. Eine Bürgerauschussung mit 15 Tagesordnungs-
gegenständen soll am Montag, 20. d. M., stattfinden. Auf der
Tagesordnung steht auch die leidige Geschichte der Reparaturen
im Garnisonlazarett, zu welchen niemand Auftrag gegeben haben
wollte, ferner Verbesserung und Verfündung von Stadtrath-
sungen, Aenderung der Sparlaffenjagungen, Schaffung einer
neuen Beamtenstelle und Dienstverträge, Geländeerwerb und
Verpachtung usw.

L. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde am Mittwoch schon
wieder ein Fall vor der Strafammer verhandelt. Angeklagt
war Georg Kufenbacher von Wolfersberg wegen Verstoß
gegen § 178 Abs. 3 Er erhielt eine Gefängnisstrafe von zehn
Monaten.

* Mannheim, 14. Jan. Der 25jährige verheiratete Buchhal-
ter Steingrüber aus Ludwigshafen unterzucht bei einer
hiesigen Bank, bei der er beschäftigt war, den Betrag von 8000
Mark und ging darauf flüchtig.

* Mannheim, 13. Jan. In der Bad. Anilin- und Soda-
fabrik in Ludwigshafen ereignete sich heute vormittag ein töd-
licher Unfall. Als man in der Hauptwerkstätte der Schloß-
ferei einen 100 Zentner schweren Kessel mittels eines elektrischen
Aufzuges auf den Transportwagen schafften wollte, riß plötzlich
das zum Aufhängen benutzte Seil und der 67 Jahre alte,
seit 25 Jahren in der Fabrik beschäftigte Arbeiter Franz G. S.
aus Mundenheim kam mit der linken Brustseite so unglücklich
unter den horizontalen Kessel, daß er an den erlittenen schwe-
ren Verletzungen bald darauf starb.

* Heidelberg, 13. Jan. Der Seismograph der Königsstuhl-
warte verzeichnete gestern vormittag ein Fernbeben, das
nach 11 Uhr begann. Die maximalen Ausschläge erfolgten
11 Uhr 17 Minuten.

Neues vom Tage.

Lawinstürze.

Davos, 14. Jan. Die 5000 Angäste, die zurzeit in Davos
weilen, sind vom Verkehre mit der Außenwelt völlig abgeschnitten,
da die Staatsstraße Davos-Kloster durch Lawinstürze ge-
sperrt ist. Aus vielen Tiroler Orten treffen weitere Nachrichten
über herbeierende Lawinstürze ein. In St. Christoph ereig-
neten die Schneemassen eine Höhe von 4 1/2 Meter Höhe. Das
Gospitz liegt bis zum Dach im Schnee.

Jansbrud, 14. Jan. Auf der Mittenwall-Bahn ging eine
Schneelawine nieder, wodurch eine Arbeitergruppe verschüttet
wurde. Einer wurde getötet, der andere konnte nach mehrstün-
digem Bemühen wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Wien, 14. Jan. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Innsbrud
meldet, ist bei Abräumungsarbeiten an der großen Lavine auf
der Mittenwalder Straße eine neue Schneelawine niedergegan-
gen. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, einer getötet und
zwei verletzt. Auf der Kellbergbahn ereigneten sich bei Räu-
mungsarbeiten auf dem Bahnhofs zwei tödliche Unfälle. Aus
vielen Orten kommen Nachrichten über Lawinstürze, welche
beträchtlichen Schaden verursachen.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Freie Turnerschaft — Sektion Vorwärts.) Freitag
abend punkt 9 Uhr Mitgliederversammlung, anschließend
Spielerversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung
ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 6684

Carl Schöpf Marktplatz

Dienstag, den 20. Januar, Schluss des

Grossen

Inventur-Ausverkaufs

In allen Abteilungen sind grosse Warenposten ausgeschieden u. ohne Rücksicht auf bisherigen Verkaufswert

weit in den Preisen herabgesetzt!

Durch mein grosses Reservelager in

Damen- u. Kinder-Konfektion

sind die Vorräte noch sehr gross u. überall gut sortiert.

Kostüme	zu 19.50 28.- 40.- 55.- 85.-	Farb. Paletots	zu 8.75 12.50 19.- 28.- 40.-
kosten jetzt netto	9.75 17.50 25.- 32.- 50.-	kosten jetzt netto	4.50 7.50 11.50 17.- 25.-
Failen-Kleider	zu 35.- 45.- 65.- 78.- 95.-	Abend-Mäntel	zu 25.- 35.- 45.- 55.- 68.-
kosten jetzt netto	15.- 28.- 39.- 45.- 65.-	kosten jetzt netto	12.- 19.- 24.50 28.- 35.-
Kostüm-Röcke	zu 4.50 10.75 15.- 19.75 28.-	Astrach. u. Peluche	zu 27.50 35.- 75.- 110.- 165.-
kosten jetzt netto	2.50 5.50 9.50 12.- 17.50	Jaquette u. Paletots	zu 18.50 22.- 45.- 65.- 95.-
Morgen-Röcke	zu 9.50 15.50 29.50 34.- 55.-	Woll-Blusen	zu 5.75 9.75 12.50 18.50 24.50
kosten jetzt netto	4.75 9.- 12.- 20.- 25.-	kosten jetzt netto	3.- 5.- 7.- 12.- 14.50
Unter-Röcke	zu 4.75 6.75 9.75 15.75 24.-	Tüll- u. Spitzen-Blusen	zu 9.50 18.50 24.50 35.- 50.-
kosten jetzt netto	2.50 4.- 5.- 9.- 15.-	kosten jetzt netto	5.- 8.- 15.- 22.- 35.-
Kinder-Paletots	zu 4.- 7.50 12.50 14.50 17.50	Kinder-Kleider	zu 6.50 7.50 15.- 19.- 25.-
kosten jetzt netto	2.50 3.50 7.- 10.- 12.-	kosten jetzt netto	3.90 5.90 9.- 12.- 15.-

Ganz enorme Preisherabsetzungen auf grosse Posten **Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Blusenstoffe etc.**

Verkaufe fortwährend gut erhalten. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 8970
Frau Streckfuß Durlacherstrasse 79.

Durlach.
Alkoholfreies Café-Restaurant
L. Meier, Lammstrasse 10.
6549

Dienstmantel, groß, solide, zieher, billig abzug. Jähringerstrasse 19, Schuhmacherst.
Maskenkostüm, febrle., ist billig zu verf. Herderstr. 14, part.

Inventur-Verkauf

Besondere Angebote:

HERREN-ARTIKEL

SCHÜRZEN

LINOLEUM

GARDINEN

SCHUHWAREN

Hermann TIETZ

6675

Bekanntmachung.

Die Enteignung des Hausgrundstücks Schloßplatz Nr. 16 in Karlsruhe betreffend.

Das Groß. Ministerium des Kultus und Unterrichts hat den Antrag auf Enteignung des auf den Namen des prakt. Arztes Dr. Bernhard Wehrle im Grundbuch der Stadt Karlsruhe Band 9, Heft 10, Lfg. Nr. 109 eingetragenen Hausgrundstücks Schloßplatz Nr. 16 in Karlsruhe gestellt.

Zaafahrt für die Verammlung der Kommission, welche die Notwendigkeit der beantragten Enteignung und etwaiger Auflagen im Sinne des § 5 des Enteignungsgesetzes zu prüfen und zu beurteilen hat, wird bestimmt auf

Donnerstag, den 29. Januar d. J., vormitt. 11 Uhr, in den Bezirksratsaal (Karls-Friedrichstrasse 15).

Den Beteiligten wird hiermit eröffnet, daß ihnen freisteht, in der Zaafahrt ihre etwaigen Einwendungen gegen das Unternehmen oder gegen die an bestehenden öffentlichen Anlagen und Einrichtungen beabsichtigten Veränderungen vorzubringen und Anträge auf die den Unternehmer im öffentlichen Interesse oder für die benachbarten Grundstücke zur Sicherung gegen Gefahren und Nachteile zu machenden Auflagen zu stellen.

Karlsruhe, den 8. Januar 1914.

Groß. Bezirksamt.

Die vorstehende Verfügung bringen wir zur allgemeinen Kenntnis mit dem Anfüen, daß der Antrag und Planauszug vom 17. Januar 1914 ab während 8 Tagen zu jedermanns Einsicht im Rathaus (Tiefbauamt III. Stock, Zimmer Nr. 116) offenliegen.

Karlsruhe, den 13. Januar 1914. 6681

Das Bürgermeisteramt:

Dr. Paul. Räder.

Bekanntmachung.

Die amtliche Behandlung der Fundstücke.

Im Stadtpark und in der Festhalle wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1913 Geldbeutel, Stöße, Schirme, Handtäschchen, Schmuckstücke und sonstige Gegenstände aufgefunden.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit gemäß § 986 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben angeführten Gegenständen binnen 3 Wochen bei der städt. Gartendirektion, Ettlingerstrasse 6, anzumelden, widrigenfalls die fraglichen Gegenstände, soweit sie sich dazu eignen, gemäß § 979 B.G.B. versteigert werden.

Städt. Gartendirektion.

Zu Versteigerungspreisen

werden noch abgegeben:

Schnittwaren zu Kleider, Unterröcke, Schürzenstoffe, Bettbezüge, Hemden mit Einsatz, Wacohemden mit und ohne Einsatz, Kinder-Anzüge, Ueberzieher, Herren-Anzüge, Spitzen u. Vorden, Spitzenstoffe, 1 Partie Herren- und Damenstiefel, auch Lackstiefel, Cognac, Kümmel, Kakao, Tee, Kaffee. 6682

Madlener Rüppurrerstrasse Nr. 20, parterre.

Bett-Teppiche

sind enorm billig abzugeben

Kaiserstr. 133

6682 1 Treppe hoch Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

20% Rabatt auf 6681

Pelze

Echte reelle u. gute Ware

Hut-Zentrale
Werderplatz 34a.

Sachverständige Bedienung!

Kinderliegewagen, gut erb. verkauft, Schillerstr. 36, 4. Et.

Kinderbett, sehr billig zu verkaufen, Werderstr. 89, 3. Et. r. 6683

Stuhlflächerei Kautner, Marienstr. 75 4.

Pfannkuch & Co

Frische Schellfische

in schwerster Verpackung treffen Mittwoch und Donnerstag ein:

Große, 1-2 pfündig

Pfund **42** Pfg.

Bratfische

Pfund **27** Pfg.

Capliau

Pfund **27** Pfg.

im Ausschnitt **30** Pfg.

Stöckfische

Pfund **23** Pfg.

Als bester Vorkurs empfehlen

Esbu

(Margarine)

Pfund **95** Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H., den bekanntsten Verkaufsstellen.

Neapel! Kleine Italiener 6686

3 Pfund 25 Pfennig

10 70

Karl Geiser, Obsthandlung im neuen Kaiserhof.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Zentrale Karlsruhe.

Samstag, den 17. Januar, abends halb 9 Uhr, im
Verbandslokal zur „Kronenhalle“, Kronenstr. 6608

Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassibericht.
 2. Neuwahl des Präsidiums und der Revisoren.
 3. Beratung d. r. Anträge.

Die Kollegen werden erlucht für zahlreiches und pünktliches
Erscheinen beizugt zu sein. Die für Samstag, den 10. Januar
fällige Mitgliederversammlung fällt aus.

Der Präsidiumsmitglied.

Sams. 17. und Sonntag, 18. Januar 1914
8. Verbands-Ausstellung der
bad. Kaninchenzüchtervereine
in den Räumen des alten Hauptbahnhofes.



Vom 18pfündigen belgischen Niesen bis zum Zwerghermelin.
Glückshafen (Nos 10 Pfg.) Pelzwaren und Produkte
von Kaninchen. 6679
Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr.
Eintritt 20 Pfg., Kinder die Hälfte.

Luger's
6 billige Tage 6

vom Freitag, den 9. bis Freitag, den 16. Januar.

0500	regul.	jetziger	
	Preis	Preis	
Gebr. Kaffee, bel. gute Qual. 1/2 lb	75	nur 68	
" " beste Qualität 1/2 lb	85	81	
Malzkaffee, beste Qualität 1 lb	25	22	
Diabolo-Malzkaffee, 6. Qual. 1 lb	30	25	
Berke-Kaffee, beste Qualität 1 lb	18	16	
Cacao, gar. rein, beste Qual. 1 lb	95	88	
Diabolo-Tea, bel. gute Marke 1/2 lb	75	69	
Dotterblumenmehl, bekannte Marke 5 lb-Beutel	115	108	
Auflinmehl, bel. Marke 5 lb	90	85	
Reis, alle Sorten statt pro lb 40 35 30 25 20			
jetzt nur	36	31	26
	22	18	
Suppenmehl, lose 1 lb	35	29	
Gemüsemehl 1 lb	35	29	
Gerhörle 1 lb	40	35	
Suppenmehl, alle Sorten 1 lb	40	35	
Dürrfleisch, mageres 1 lb	120	105	
Weißbrot, 1300 Gramm, 1 Loib	35	31	
Schwarzbröt, 1300 Gramm, 1 Loib	38	35	
Limburger Käse 1 lb	40	34	
Buchhücher, die Qualit. 50 40 35 30 20 16			
jetzt nur	47	37	33
	27	18	14

Auf Liköre, Cognac, Weine, Konserven 10% Rabatt.

Luger - Filialen.

Die allgem. Ortskrankenkasse Durlach i. V.
sucht per sofort spätestens aber bis 1. März ds. Jrs., einen
Büro-Gehilfen.

Nicht zu junge im Krankenversicherungswesen möglichst
vorgebildete Bewerber wollen schriftliche Gesuche mit An-
gabe der Gehaltsansprüche unter Beifügung von Lebens-
lauf und Zeugnisabschriften bis 20. ds. Mts. an die oben-
genannte Kasse richten. 6651

PIANOS 395.-

konkurrenzlos
billig, unverwundlich,
schön im Ton, kreuz-
sait. Panzerstimmstock

Johns. Schlaile,
Karlsruhe,
Douglassestrasse 24
neben der Hauptpost.

Saison-Ausverkaufs
Von Mittwoch bis Samstag

Grosse
Posten Schürzen

Beste Ausführungen! Vorzügliche Qualitäten!

zu besonders billigen Preisen

Kleider-Schürzen	Blusen-Schürzen	Schwarze Schürzen
Kleider-Schürzen mit Halb- ärmel u. Tasche, Ia. Qualit. 2.90	Blusen-Schürzen m. bestickter Borde und Tasche 1.15	Blusen-Schürzen, Ia. Qual. mit Tasche 3.75
Kleider-Schürzen m. schöner Garnierung u. vorzügl. Stoff 3.20	Blusen-Schürzen mit Tasche solide Ausführung 1.40	Reform-Schürzen ohne Ärmel mit Tasche u. Band 4.50
Kleider-Schürzen, hübsche Streifen- u. Fältchen-Arbeit 4.50	Blusen-Schürzen, moderne Futuristen-Dessins 1.90	Bunt-Schürzen mit Volant 1.90
Kleider-Schürzen, beste Qual., Satin oder Zeugle 5.50	Blusen-Schürzen extra weit 2.40	Kleider-Schürzen mit 1/2 und 1/4 Ärmel, 7.90 6.75
Weisse Schürzen	Zier-Schürzen	Bunt-Schürzen
Träger-Schürzen mit Stickereiträger 1.75 95	Zier-Schürzen, weiss mit Träger 1.75 95	Bunt-Schürzen in Druck und vorzüglichen Zeugle 95
Bunt-Schürzen, mit Volant und Tasche 2.25 1.60	Zier-Schürzen, weiss ohne Träger 1.45 95	Bunt-Schürzen mit Volant und Paspol 1.10
Rock-Schürzen in allen Weiten 3.50 2.45	Zier-Schürzen, farbig mit Träger 1.25 95	Bunt-Schürzen mit bedruckter Borde 1.25
Engl. Servier-Schürzen solide Ausführung 2.40 1.70	Zier-Schürzen, farbig ohne Träger 95 60	Bunt-Schürzen gestreift, mit Schrägsaum 1.75

Kinder-Schürzen

Kinder-Schürzen Grösse 45 bis 60 75	Weisse Kinderschürzen hübsche Ausführg. 1.45 95
Kinder-Schürzen Grösse 45 bis 70 95	Weisse Mädchenschürzen mit u. ohne Träger 2.90 2.25
Mädchen-Schürzen für 10 bis 14 Jahre 1.75	Schwarze Kinderschürzen gute Qualität u. 2.25 1.45
Mädchen-Schürzen für 12 bis 16 Jahre 2.45	Schwarze Mädchenschürz. aus Ia. Panama 3.50 2.90

3 Serien Russenkittel
Serie I 95, Serie II 125, Serie III 185

2 Serien Knaben-Schürzen
Serie I 45, Serie II 75

„Hilda“ solider Stoff 1.15

„Erika“ Ia. Zeugle 95

Hugo Landauer
Kaiserstr. Ecke Lammstrasse.

Butter-Preisabschlag.
Als Ausgleich für sämtliche badischen Molkereien liefert
täglich frisch:
Ft. Süßrahmtafelbutter pro Pfd. M. 1.40
frei Haus.
Land- und Kochbutter pro Pfd. M. 1.25
frei Haus.
In Verkaufsladen Lauterbergstraße 3:
Tafelbutter pro Pfd. M. 1.35
Koch- und Landbutter pro Pfd. M. 1.20
Bei fröhlicher Lieferung an Konditorien, Hotels und Händler
billigere Preise. 6671

Milchzentrale Karlsruhe
Lauterbergstraße 3
Telephon 279.

Privatpargenellschaft in Karlsruhe
Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden
gegen Rückgabe der hierüber ausgestellten Bescheinigungen
Freitag, den 16. Januar
Samstag, " 17. "
Montag, " 19. "
vormittags von 1/2 9-1/2 1 Uhr und nachmittags von
1/2 3-5 Uhr in unserem Kassenlokal, Karlstraße Nr. 40,
wieder ausgefolgt.
An diesen 3 Tagen werden Spareinlagen weder an-
genommen noch zurückbezahlt.
Karlsruhe, den 14. Januar 1914. 6680
Der Verwaltungsrat.

Hand, heim Partei stark Dr. Ge gefüllt. ren. D von der e hte grohe d Ehre, a immer Es ist je Mann, Jrium ber 1811 beruhig „Urteile braven, Rolle, b teingiger wurde.“ bernunf Mit Bl überref hängigf der Tag g i g f e z e n a u mehr be a d i e Die ühlen. zu begr immer des Reich verständig wirken u n g u Reich R Der 19j zu 43 E r i n g f Sofort l erhalten Spitze d sein soll Gerichte beröffnen Leutnant der Stad dirften. vom 13. Dummh der Stad den der f i d u b 1864, da außerber endlich M i l i t ä r Stürm Welt kön Die Auto länger in Der prei schneidig Polizeige lich gar abe. D rend der breitet, d pring den schne richtet ha l i n g ha laut löh „Frankf. drauf!“ Ne d i t ten, in i den T u Die Hebe ger vo dabon ni richterat, ge n T a daß er d dings H — aber d der 10 2 and über Arnee b öfieben. angegriff Ein bewo daten, fo mader, i werde, u M e n f d Vaterlan kann zu Oberst" u haben ih dieses D bürgerlid in den fe eines der werden. Einem M geführt r Sie vor Er Reich